

Angestellte bisher noch nicht vorbeschafft, aber es sei zu berücksichtigen, daß sie zu einer großen Anzahl von Personen in öffentlicher Verantwortung gehörten habe und daß ihre Rede eine überaus scharfe gewesen sei. Die Erörterung der Beziehungen im deutschen Heere gehörte nicht in eine Frauenvorlesung, die ganze Rede der Angeklagten sei lediglich eine wilde Heserie. Großartend müsse auch verhindert werden, daß sie Dinge vorgebracht habe, die sie gar nicht verstehe.

Von Dr. M. Rojewski beantragte, die Verfassung der Frauenvorlesung zu verwirken. Er wolle es sich verfügen, die persönliche Erörterung der Angeklagten durch den Staatsanwalt zu unterlassen, wie er das eigentlich nur notwendig halte. Er hoffe oben, daß der Verteidiger dies in der Urteilsverhandlung tun werde. Wenn nun der Berufungsgericht die Feststellung des Vorderrichters aufgeklärt sei, ja muß man doch immerhin bedenken, daß die Angeklagten das ihr zur Verteilung gegeben haben mögen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur ein Teil der Offiziere so dummen und so faul sei, sich die Brots mit anderer Arbeit zu verdienen. Der Verteidiger des Schöffengerichts habe ja darin ihre Unschuld betont und lehnt der Verteidigung des heutigen Gerichts bei der Meinung, daß die heutige Tägigkeit sehr schnell abfallen. Man darf also die Erörterung der Angeklagten nicht so aufzufassen, wie sie von den Politologen wiedergegeben wurde. Es muß gelinde schließen, etwas sonderbar an, wenn der Staatsanwalt die Frage aufwirft: „Was hat eine Frauendevotion in einem militärischen Raum zu tun?“ Es liege sich noch gefallen, wenn es etwas vor etwa 10 Jahren gesagt worden sei, aber in der heutigen Zeit, wo die Praktiken gegen so zivile Fortschritte gemacht habe, könne man doch unmöglich annehmen, daß die Frau kein Interesse an der inneren Einrichtung unseres Herrnreichs habe. Sie denken hier in jedem Kriege an unserem Militär interessiert. Sie hätten als Minister das größte Interesse daran, zu erfahren, wie es in unseren Städten aussieht. Auch als Steuerzahler interessiert die Frau die Vermehrung unseres Heeres, denn sie setzt es doch, die am meisten unter den unmittelbaren Steuern zu leiden habe. Es war eine politische Frauenvorlesung und da war die Erörterung derer, welche vollkommen gerechtfertigt. Als weiterer Strafbedürftigkeitsgrund habe der Staatsanwalt den angeführt, daß die Angeklagten Dinge vorgebracht habe, von denen sie nichts verstehe. Es sei ihm völlig neu, daß das ein Strafverschuldnungsgrund sein solle. Nach der höchsten Kritik können der Staatsanwalt ein besseres Moment zur Verteidigung gar nicht anführen. Schließlich habe der Staatsanwalt behauptet, daß es der Angeklagten nur auf das „Gebot“ angekommen wäre, und der Verteidiger habe dieselbe Meinung zum Ausdruck gebracht. Das sollte dann das „Gebot“ genannt haben. Die vorgebrachten Tatsachen seien höchstens erregend, nicht aber das Vorbringen derer. Wenn das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts folgen und auf eine Strafamnestie verzichten würde, so würde die Betrügerin bestimmt aufgehoben werden, die da liegen: Die Sozialdemokraten werden vor Gericht anders behandelt als andere.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf 500 M. Geldstrafe oder 50 Tage Haft.

Strafmildernd wurde die angebliche Unrechtsfreiheit und Unschuld der Angeklagten berücksichtigt, die in ihrer Jugend bestanden ist.

Beendigung der Militärdebatte. — Die Dualosfrage.

Die Spezialdiskussion des Militäretals, deren Schluss nun Ende der vorigen Woche erwartet hatte, wurde in der Dienstagssitzung zu Ende geführt. Im Laufe der Erörterungen wurde wiederholt von unseren Rednern die eigenmächtige und unsitze Haltung der Militärverwaltung gegenüber ihren Arbeitern kritisiert. So sprach Genosse Büchner die Missstände in den Militärwerftstätten und insbesondere den politischen Terror, der dort ausgeübt wird, und für den auch der allzu temperamentvolle General Bild von Hohenborn Ausdrücke bereitete Bewunderung fand. Er wurde darin besonders noch von dem Konserventiven v. Gräfe unterstützt, der die Gelegenheit benutzte, eine Reklamation zugunsten der Gelben zu halten. Genosse Dr. Erdmann wies demgegenüber auf die sehr eindringliche Verarbeitung hin, die die Gelben auf der Versammlung der Gesellschaft für Soziale Reform gefunden haben. Die Genossen Haberland, Faute und Hüttmann kritisierten lebhaft die mangelnde Sozialpolitik der Militärverwaltung bei der Vergabe ihrer Arbeiten. Ein Grundstücksaustausch in Frankfurt zwischen Heeresverwaltung und Stadtgemeinde wurde vom Genossen Dr. Quatz unter Darlegung des Sachverhalts besprochen. Die Position wurde von der Mehrheit in das angenommen.

Der Rat für Namur war bei der zweiten Sitzung des Rates der Schulgebiete zurückgestellt worden, und zwar mit Rücksicht auf die noch unerledigte Frage der Enteignung der Dualaner. Man erinnert sich, daß dieser an der Küste angefeindete Volksstamm sehr lebhaft durch eigene Eingaben und durch Vermittlung des Berliner Rechtsanwalts Dr. Halpert beim Reichstag gegen den Verdacht der Enteignung protestiert hatte, man weiß wohl auch noch, daß die Budgetkommission zuerst in einer Abwandlung von Energie von der Regierung eingehende Auskunft verlangt hatte. Die Regierung hat mittlerweile alle Schuld auf die Dualas geschoben, die sie sogar der Absicht bezichtigt, einen Aufstand zu inszenieren, und es ist jetzt so auch gelungen, die Mehrheit der Kommission zu ihren Gunsten umzustimmen. Jetzt ist plötzlich die Mehrheit von der Verantwortlichkeit der Dualas überzeugt und sie ist auch bereit, der Enteignung zuzustimmen unter allerhand sehr wenig empfindlichen Garantien und Bindungen. Genosse Wels erhob namens unserer Fraktion gegen diese Verschiebung der Sache lebhafte Einpruch. Nachdem er zuerst an einigen anderen Beispielen gezeigt hatte, wie Landesgesellschaften und Regierung in Fragen der Enteignung Eingeborene zu behandeln wissen, gab er eine ausführliche und klare Schilderung des ganzen Dualafalls. Mit der Sanierung der Stadt Duala erklärte er sich ausdrücklich einverstanden, befürwortete aber auf energischste das ganz unbegründete rigorose Vorgehen gegen die Eingeborenen, denen die Postverwaltung es sogar unmöglich gemacht, rechtzeitig ein Telegramm an den Reichstag abzusenden. Es wird der Regierung und den Rednern der Mehrheit schwer sein, die Beweise zu widerlegen, die Genosse Wels von der Gewaltanwendung gegenüber den Dualas vorgebracht hat.

Bei der Fortsetzung der Debatte am Mittwoch wird für das Zentrum der in einer Erstwahl neulich gewählte Herr v. Nechener sprechen, der frühere Gouverneur von Ost-Afrika.

Genosse Wels hatte im Laufe seiner Rede dem Vizepräsidenten Dr. Paasche vorgeworfen, daß er eine von dem Rechtsanwalt Halpert verfaßte Antwort auf die Regierungserörterung den Abgeordneten nicht habe verteilen lassen unter Verweis auf die in ihr enthaltenen Verleidungen des Kolonialamtes. Darüber gab es am Schluß der Sitzung eine lebhafte Auseinandersetzung, in der Herr Paasche sich verteidigte. Er sandte die Unterstützung des Herrn Dr. Oertel und der

Redner der andern Parteien, während die Genossen Dr. Frank und Ledebour ihn zu einer Änderung seiner Verfügung aufforderten, mit Rücksicht darauf, daß Herr Dr. Halpert in der Debatte der Regierung der Angeklagten war.

Deutsches Reich.

Der Gewaltstreit gegen die Dualas.

Der Rechtsanwalt der Dualaner in Berlin, Dr. Halpert, sendet der Dresdner Zeitung folgende Befürchtung:

„Von meinem Vertreter in Duala erhalten ich jeden nachstehenden Telegramm: „Joja übergriff Duala. Dies Sammelsünder als Sklaven. Juristische gaben phantastische Rechte. Joja ist auch belohnt machen Regierung. Maßnahme offenbar ad hoc.“ — Ich bemerkte zur Erklärung dieses Telegramms, daß Joja, der König der Sammels, seit jeher bei der Kolonialregierung lieb stand zu machen sich bemüht hat. Den einzigen mutigen und reichen Dualas, die früher viele Sammels zu Sklaven haben, widmet er eine Art Erblass. Daß sich irgendwo im Reich seiner gefunden sind, kann ich nicht sagen. Diese sind jedoch im Besitz seiner Volkes, der übrigens nur in 20–30-jährigen Märchen zu erreichen ist mit „Verhängungsverordnungen“ gewandt haben sollte. Er ist ein blauer Mann wie Rudolf Dell, ganz genau kennt einen Russland der Sowjets, die überhaupt keine Feuerwaffen haben, geplant haben sollte, ist erst recht unverständlich. Allerdings herrscht unter den Dualas seit der Enteignung große Erregung, wie das der christlich-soziale Abgeordnete Müller in der Budgetkommission auf Grund der Berichte der Missionare bestätigen musste. Aber gerade Rudolf Dell hat diese Erregung seines Volkes zu dampfen gewußt, indem er alle Hoffnungen der Dualas auf die jetzt stattfindende Entscheidung des Reichstages hinleitete. Ausgerechnet in dem Augenblick, wo diese Entscheidung fallen soll, meldet der freiwillige Offizier Joja, der Feind der Dualas, ihren „Hochverrat“ an die Regierung. Und die Regierung, die ihre ganze Identität auf die „Loyalität“ der Negro aufbaut, nimmt die phantastische Meldung des Negro Joja als launige Wahlheit und lädt darnach Dell verhaftet.“

Niedurch gewinnt unsre Annahme sehr an Wahrscheinlichkeit, daß die deutschen Behörden einen dummen Schwatz aufgegriffen haben, um den rücksichtigen Vertreter der Interessen der Dualas aktionsfähig zu machen.

Wutgeschrei der Blamierten.

Die altdiutische Presse ist natürlich vor Wut außer sich, weil die französischen Wähler niederrüchtig genug waren, die Lüge vom chauvinistischen, rachejähmenden Frontfeind so gründlich zu zerstören. Da sie aber an den lästigen Frontfeind doch nicht heran kommen, lädt die Polizei ihre schlechten Laune am Vorwärts aus, der die deutschen Genossen in den Wahlniederungen der Verhältniswahl einen Sieg erzielt haben. „Als sie die Freiheit des Volkes in den Wahlen gewonnen haben, so ist es kein Wunder, wenn die Leute des Umsturzes wie bisher dem eigenen Volk in den Rücken fallen.“ Und wütlich weiter:

Doch bei diesem saudieren Handwerk (nämlich der Sicherung des Weltfriedens) die „Weißen“ jenseits des Bosporus als Vorbild gesetzt werden, könnte uns vom deutschen Standpunkt aus politischerseits mehr als die deutschen. Die Würthlichkeit aber zeigt das Gegenteil. Wenn es gilt, den Gipfel der nationalen Würdelosigkeit zu erreichen, so haben wir bisher immer die deutschen Sozialdemokraten an der Spiege aller Völker marschiert zu sehen.“ Und was wird der Zorn sein für diese Antisemiten? Auf keinen Fall werden die Franzosen für die „Befreiung“ gewonnen werden, sondern höchstens hier mit Geringabschätzung, dort mit Verachtung auf eine Partei schauen, die sich so weit vergessen kann.

Lassen wir die Blamierten von jenseits des „Bosporus“ einen Blamierten von jenseits antworten. Am 7. Mai sprach der chemische Ministerpräsident Barthou in einem Saal des II. Batallion Wohlfeils, während die Arbeiter draußen auf der Straße lärmisch gegen ihn demonstrierten. Herr Barthou sagte:

„In Deutschland gibt es zwei 12 Millionen sozialdemokratische Arbeiter, also Arbeiterschlachten der Männer, die in diesem Augenblick auf der Straße stehen und töben. Aber diese Millionen deutscher Sozialisten, weit entfernt, wie die untreuen Patrioten dastehen, sind bereit, sich bei der Kriegserklärung auf unsere Grenze zu stürzen.“

Der Zweck ist derselbe, die Mittel sind verschieden. Gelegen wird auf beiden Seiten, daß sich die Waffen biegen, aber o' Hammer, eine Lüge hebt die andere auf: So geht es seit Jahrzehnten.immer sind die eigenen Sozialdemokraten die Patrioten, die Friedlicher Weise werden diejenigen, die auf den platten Schwindel hereinfallen, hüben wie drüber immer weniger. Alle werden können sie freilich nicht, sonst bekäme ein altes Sprichwort Unrecht.

Das geächte Arbeitslängerfest.

Gegen das schlechteste Arbeitslängerfest, das während der Pfingstfeiertage in Breslau stattfinden soll, werden die polizeilichen Repressalien ununterbrochen fortgesetzt. Nachdem der Magistrat die Jahrhunderthalle verweigert und der Regierungspräsident das Verbot des Festzuges bestätigt hatte, wurden die Sänger bekanntlich von der großen Adrenalinbahn vertrieben, weil die sozialverschuldeten Bürger durch die revolutionären Lieder erheitert werden könnten und dann die Gefahr von Zusammenstößen entstehen. Darauf beschloß der Festsaalzuh, das Westenfenzert an das direkt entgegengesetzte Ende der Stadt zu verlegen, in ein ausgelöschenes Arbeiterviertel, wo kein honneter Bürger in seiner Ruhe gestört werden würde. Nun ist der Gesang auch an dieser Stelle verboten worden, weil in dieser Gegend zu viel Arbeitervohnen, die durch die Rote Woche verhegt und durch den Streik rep. die Ausübung in der großen Maschinenbauanstalt unruhig geworden sind. Die Behörden stellen sich im übrigen auf den Standpunkt, daß der Gesang von Freiheitsliedern einer politischen Versammlung unter freiem Himmel gleich zu achten sei. Diese Versammlung verbietet sie einfach und wollen damit erreichen, daß der fast 2000 Sänger umfassende Massenchor in unzähligen Säle gedrängt wird. Gleichzeitig dürfen natürlich bürgerliche Gesangsvereine unter freiem Himmel singen, wofür hätten wir in Preußen das gleiche Recht für alle Staatsbürger.

Muttertag der Jugend im Dreiflussparlament.

Im preußischen Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Fortsetzung der Jugenddebatte mit einer ebenso volkstümlichen wie inhaltlichen Verlegenheit des Kultusministers.

Vergleichbar bemühte er sich, die Darlegungen über den politi-

schen Charakter der staatlichen Jugendpflege, die am Tage zuvor Genosse Haenisch gegeben hatte, zu entkräften. Ebenso wenig vermochte er auch nur eines der zahllosen Beispiele von Gelehrtenverleumdungen der preußischen Behörde gegenüber der freien Jugendbewegung, die Genosse Haenisch angeführt hatte, zu widerlegen. Auch die Redner aus dem Hause, die noch dem Minister zu Worte kamen, beschäftigten sich fast ausschließlich mit der Rede des Genossen Haenisch. Der konservative Abgeordnete v. Ditschuth benutzte die Gelegenheit, um wieder einmal für eine Beschränkung der Redefreiheit im Abgeordnetenhaus Stimmung zu machen. Das unglaubliche an Verdrehungen und Entstellungen der Rede des Genossen Haenisch leistete sich der Zentrumsparteivertreter. Redner der Nationalliberalen, der Konkurrenzpartei und der Fortschrittlichen Volkspartei gesprochen hatten, erhielt Genosse Haenisch noch einmal das Wort und wies alle die zahllosen gegen unsre Partei und die freie Jugendbewegung vorgebrachten Angriffe zurück.

Nach der Jugenddebatte begann das Abgeordnetenhaus mit der Beprüfung des Kapitels Kunst und Wissenschaft. Bei der Generaldiskussion hierüber wurde wieder einmal dem Redner unserer Fraktion, dem Genossen Liebknecht, das Wort abgeschnitten. Adolf Hoffmann geißelte diese Brutalität mit scharfen Worten.

Wahlrechtsdebatte.

Am dritten Abgeordnetenkammer stand am Dienstag die Beratung des überlieferten Antrags Gasseins und Genossen auf Änderung des bestehenden Wahlrechts und Einführung des Proportionalwahlrechts zur Debatte. Allein dem vorliegenden Wahlrecht mit seiner ungerechten Wahlkreisbildung hat das Zentrum im vorliegenden Landtag trotz der Widerstand seiner Wähler seine Mehrheit zu verdanken. Der Kampf um die Abänderung des Wahlrechts geht schon seit langem; der sozialdemokratische Antrag ist neuerdings wieder am 2. April vor dem Abgeordnetenhaus begründet worden. Aber die Beratung mußte damals ausgetragen werden, weil der Minister des Innern nicht zugegen war. Den überlieferten Antrag begründet der Abgeordnete Günther.

Der Minister des Innern v. Soden erklärte sich, wie nicht anders zu erwarten war, gegen den Antrag, und zwar mit gleichen Gründen wie seine Zentrumspartei. Wenn die Verhältnisse wirklich dringend wären, meinte er, um den Proporz einzuführen, dann könnte er doch nicht an die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs gehen, solange sich die Sozialdemokraten selbst nicht über die Grundlagen der Verhältniswahl einig seien. Die Sozialdemokratie schlägt im Wahlrecht darauf hin, daß das Zentrum im Jahre 1905 und 1906, um ein besseres Wahlrecht zu bekommen, mit den Sozialdemokraten zusammengegangen sei; jetzt aber, wo es allein im Sattel säße, will es von einer Veränderung des Wahlrechts nichts mehr wissen. Gesehnet habe dem Zentrum das Zusammenschließen mit den Sozialdemokraten in keiner Weise, selbst nicht im Falle des Minister Erzbischofs Bettlinger, der damals mit dem Sozialdemokraten Profitz an den Spiegelstaatler Rat erraten und das Bündnis schloss. Denn, so schloß der Redner, werden Profitz zum Bester habe, der könne auch Kardinal werden! Die Beschlußfassung wird morgen erfolgen.

Eine Einigung über die Bildungs-Novelle?

Berlin, 13. Mai. Verschiedenen Plätzen zufolge wird das Reichschausamt legt zu einem formellen Entgegenkommen in Bezug auf die Bildungs-Novelle bereit sein und die Zusticherung geben wollen, daß etwa im nächsten Jahre die in der zweiten Sitzung beschlossene über die Vorlage hinausgehende Gehaltserhöhung der gebundenen Unterbeamten und der höheren Postbeamten berücksichtigt werde. Die Konkurrenzpartei und die Liberalen sollen sich auf eine Formel einläufen wollen, das Zentrum indessen noch schwanken. Immerhin wird mit der Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Bildungs-Novelle sowie der Vorlage anfangen der Altvorstand und des Stammwettgebers noch gerechnet. In etwa acht Tagen wird der Reichstag seine Sitzungen beenden können. Auf eine Tagung nach Klingenberg dürfte verzichtet werden.

Zurück gehen die hanseatische Reichstagskammer. Die „betriebene Tat“ der hanseatischen Reichstagskammer — so bezeichnete die Deutsche Pressezeitung die Abrechnung der Arbeiterschlachten durch die „geborenen Elterngäber“ — hat das hanseatische Volk aufgerufen zum Kampf gegen diese bevorzugten Vertreter des Kapitalismus. Die „betriebene Tat“ hat in der Arbeiterschaft die heilige Empörung ausgelöst — das beweisen die Versammlungen, die von sozialdemokratischer Seite im ganzen Lande arrangiert werden und die einen Massensturm aufweisen.

In Nürnberg wurde am Montag in sieben Kirchenvorlesungen der kapitalistischen Überlamer schärfster Kampf angelegt. Das gleiche geschah in Nürnberg in sechs Versammlungen, in welchen mehr als 8000 Personen teilnahmen.

In den Versammlungen wurde eine Protestresolution gegen das volkstümliche Verhalten der Reichstagskammer angenommen.

Russland.

Schweiz.

Württemberg.

Z. Im Biel sind im zweiten Wahlgange auch die übrigen sechs Regierungs- die gewählt worden, welche beiden Genossen Württemberg mit 7234 und Dr. Blocher mit 6221, die der Bürgermeister mit 6229 die derzeitige Regierung — hat das hanseatische Volk aufgerufen zum Kampf gegen diese bevorzugten Vertreter des Kapitalismus. Die „betriebene Tat“ hat in der Arbeiterschaft die heilige Empörung ausgelöst — das beweisen die Versammlungen, die von sozialdemokratischer Seite im ganzen Lande arrangiert werden und die einen Massensturm aufweisen.

Im Kanton Biel sind schärfst die Kantonsaufsichtsbehörden, die durch die „geborenen Elterngäber“ verhindert werden. Diese die ausführenden Stichwahlen hat unsere Partei 18 Mandate errungen gegen 15 bisherige, hat also eine kleine Verstärkung erfahren. Erstaunlich ist die zum Teil starke sozialdemokratische Stimmenverteilung, momentan in mehreren ähnlichen Wahlkreisen. Dadurch gelangt die Proportionalwahl, würde die sozialdemokratische Partei eine ganz bedeutend stärkere Vertretung im Kantonsrat erhalten haben.

Württemberg.

Wiener Gewaltmordungen.

Wien, 12. Mai. Das Neue Wiener Abendblatt meldet aus Galizien: Neben den Grausamkeiten, die die Sippen verübt haben, werden immer mehr ausländische Einheiten bestraft. Zu den Toten Coban, Hormoda und Ulli fanden die albanischen Truppen, als die östlichen Truppen mit dem Bejonet hingeschlagen oder vertrieben. Unter den zweihundert, die in Coban vorgefunden wurden, befanden sich Männer, Frauen und Kinder, die vorher verhöhnt wurden. General de Boer hat an die Internationale Kontroll-Kommission ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, der Gouverneur von Tepelen hat die östlichen Hormoda belästigt, bis